

25.01.02

Antrag

der Länder

Bayern, Hamburg, Hessen

Saarland, Thüringen

Entschließung des Bundesrates "Deutschland in der Rezession"

Der Bayerische Ministerpräsident
B III 1

München, den 25. Januar 2002

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Regierenden Bürgermeister
Klaus Wowereit

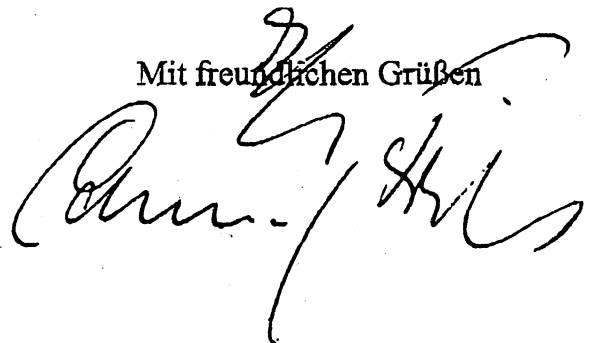
Sehr geehrter Herr Prsident!

Die Regierungen der Länder Bayern, Hamburg, Hessen, Saarland und Thüringen
haben beschlossen, dem Bundesrat die in der Anlage beigefügte

Entschließung des Bundesrates „Deutschland in der Rezession“

zuzuleiten. Ich bitte, die Entschließung gemäß § 36 Abs. 2 GOBR auf die Tages-
ordnung der 772. Sitzung am 01. Februar 2002 zu setzen.

Mit freundlichen Gren



Entschließung des Bundesrates "Deutschland in der Rezession"

- I. Der Bundesrat nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die deutsche Wirtschaft in eine Rezession abgeglitten ist. Die gesamtwirtschaftliche Leistung schrumpft seit dem 2. Quartal des Vorjahres. Der Abschwung hat sich zum Jahresende hin weiter beschleunigt. Statt des ursprünglich von der Bundesregierung gemäß Jahreswirtschaftsbericht 2001 erwarteten Wachstums von 2,75 % im Jahresdurchschnitt schlagen nur noch 0,6 % zu Buche. Deutschland war damit aller Voraussicht nach Wachstumsschlulicht in der EU. In den ostdeutschen Ländern hat das Bruttoinlandsprodukt nach aktuellen Prognosen gegenüber dem Vorjahr sogar um 0,6 % abgenommen. Die wirtschaftliche Dynamik ist damit im fünften Jahr in Folge hinter der westdeutschen zurückgeblieben. Der notwendige Aufholprozess kommt nicht voran. Er stockt nachhaltig.

- II. Der Bundesrat stellt fest: Der Export war auch im abgelaufenen Jahr die größte Konjunkturstütze. Die Ausführen haben in den ersten 11 Monaten noch einmal um 7,5 % zugenommen. Der Außenbeitrag hat 2001 über einen Prozentpunkt zur Expansion der gesamtwirtschaftlichen Leistung beigetragen, er war damit genauso hoch wie im Vorjahr. Die Wachstumsschwäche war damit bislang weniger die Folge der weltwirtschaftlichen Abkühlung, sondern eine Schwäche der Binnenkonjunktur. Für die unzureichende Binnennachfrage, insbesondere nach Investitionsgütern, können nicht allein die hohen Ölpreise zu Beginn des letzten Jahres und die BSE-Krise verantwortlich gemacht werden. Die Talfahrt der Wirtschaft ist vor allem durch eine Reihe von Fehlentscheidungen der Bundesregierung verursacht worden,
 - die den Arbeitsmarkt weiter verriegelt
 - die Kaufkraft der Verbraucher geschwächt
 - die Investitionstätigkeit im Mittelstand gebremst
 - den Wohnungsbau beeinträchtigt und
 - die öffentlichen Investitionen ausgehöhlt

haben. Die „schiefe“ Einkommen- und Körperschaftsteuerreform, die die Personenunternehmen zu Lasten der Kapitalgesellschaften trotz kleinerer Nachbesserungen im Rahmen des Unternehmensteuerfortführungsgesetzes benachteiligt, gehört dazu ebenso wie die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen und die Sonderbelastung des Telekommunikationssektors in Höhe von 50 Mrd. Euro durch die Versteigerung der UMTS-Lizenzen. Die Verbürokratisierung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, die Erschwerung des Wegs in die Selbständigkeit, gesetzlicher Teilzeitanspruch, Einschränkungen bei der befristeten Beschäftigung und die rückwärtsgerichtete statt zukunftsorientierte Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes kommen hinzu. Sie haben das Investitions- und Einstellungsklima vor allem bei den kleinen und mittleren Unternehmen, den Hauptträgern der Beschäftigung in Deutschland, zusätzlich belastet. Die Auswirkungen der Steuerreform und die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage von 20 auf 30 % beeinträchtigen die Investitionskraft der Kommunen nachhaltig. Die Ökosteuer hat Wirtschaft und Bürger 2001 bereits 11,4 Mrd. Euro gekostet. Dennoch ist das Ziel, die Lohnzusatzkosten mit Hilfe der Ökosteuererinnahmen unter 40 % zu drücken, deutlich verfehlt worden – die Beitragslast hat insgesamt sogar bereits wieder auf über 41 % zugenommen.

- III. Der Bundesrat stimmt mit den Wirtschaftsforschungsinstituten und dem Sachverständigenrat darin überein, daß auch die Wirtschaftsperspektiven für 2002 keinen Anlaß zu Optimismus geben. Zwar sind einige wirtschaftliche Fundamentalfaktoren günstig. So sind die Nominalzinsen niedrig und die Ölpreise seit Herbst erheblich gesunken. Die Inflationsrate ist seit Mai 2001 deutlich zurückgegangen, lag im Jahresdurchschnitt 2001 aber immer noch auf dem höchsten Stand seit sieben Jahren. Auf der anderen Seite ist das weltwirtschaftliche Umfeld von erheblichen Unsicherheiten geprägt. Der Aufschwung in den USA hat ungeachtet einiger positiver Signale von Frühindikatoren noch nicht eingesetzt. Japan verharrt in einer tiefen Rezession. Die Exportprobleme haben jetzt erst begonnen. Gleichzeitig sind die Investitionspläne der Unternehmen nach den jüngsten Umfragen des ifo Instituts nach unten gerichtet. Harte Tarifauseinandersetzungen und Tarifabschlüsse, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beeinträchtigen und den Rationalisierungsdruck verschärfen, sind zu befürchten. Die Misere am Bau hält an. Auch vom Verbrauch sind keine Impulse zu erwar-

ten, nachdem die Kaufkraft durch die erneute Anhebung der Ökosteuer sowie die zum 1.1.2002 in Kraft getretene Anhebung der Versicherungs- und Tabaksteuer und durch höhere Sozialabgaben drastisch geschmälert wird. Steigende Sozialabgaben fallen zusammen mit einem Anstieg der Ökosteuerereinnahmen auf das neue Rekordniveau von rd. 14,5 Mrd. €. Insgesamt wird immer deutlicher, dass die notwendigen strukturellen Reformen nicht, nicht entschlossen genug oder sogar in die falsche Richtung in Angriff genommen worden sind. Die Wachstumsbilanz für 2002 wird deshalb aller Voraussicht nach ähnlich unbefriedigend ausfallen wie im abgelaufenen Jahr. Mit der nach unten korrigierten Wachstumsprojektion von 0,75 % im Jahreswirtschaftsbericht hat die Bundesregierung nunmehr eingestanden, dass sie die Haushaltsberatungen mit geschönten Annahmen geführt hat. Die ostdeutschen Länder schneiden voraussichtlich erneut schlechter ab als die westdeutschen. Deutschland bleibt eines der Schlußlichter in der Europäischen Union. Der Bundesrat registriert mit Sorge die wachsende Kritik der europäischen Partnerstaaten an dem Faktum, dass sich Deutschland mehr und mehr zur Belastung für die wirtschaftliche Dynamik in der Europäischen Union entwickelt, obwohl das wirtschaftsstärkste Land in der Gemeinschaft die Rolle des Motors spielen müßte. Davon bleibt auch der Außenwert des Euro nicht unberührt.

- IV. Außerordentlich besorgt zeigt sich der Bundesrat über die Negativentwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung sinkt. Die Kurzarbeit nimmt zu. Die Arbeitslosigkeit wächst. Ende des letzten Jahres lag die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland bereits um 155 000 über dem Niveau des Vorjahres – Tendenz weiter steigend. Im Januar/Februar dürfte die Arbeitslosigkeit auf über 4,3 Mio. zunehmen. Die von der Bundesregierung als Ziel vorgegebene Senkung der Arbeitslosenzahl auf 3,5 Mio. in diesem Jahr ist trotz massiver demografischer Entlastung in den letzten drei Jahren um 650 000 in keinem einzigen Monat zu erreichen. Im Gegenteil: 2002 ist ein Anstieg der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl auf 4 Mio. zu befürchten. Die ostdeutschen Länder gehen dabei mit einer absolut unbefriedigend hohen Sockelarbeitslosigkeit von 17,5 % (2001) in die Zukunft. Der Bundesrat konstatiert: 1998 war der Arbeitsmarkt erfreulich im Aufschwung, heute ist er gefährlich im Abschwung. Die Arbeitsmarkttendenz

ist insoweit schlechter als vor vier Jahren, die Bundesregierung damit beschäftigungspolitisch gescheitert.

- V. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung in dieser kritischen Situation auf, nicht tatenlos nur auf das Wiederanspringen der US-Konjunktur und weitere Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank zu setzen. Politischen Stillstand bis zum Herbst kann sich Deutschland nicht leisten. Es muß seine Wachstums- und Beschäftigungsprobleme selbst energisch bekämpfen. Dabei kann es nicht um konjunkturpolitischen Aktionismus gehen. Keynesianische Konjunkturprogramme lehnt der Bundesrat ab. Er ist auch der Auffassung, dass die geplante bundesweite Subventionierung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung im Niedriglohnbereich nach dem Mainzer Modell bei weitem nicht ausreicht, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu wenden. Vielmehr bedarf es umfassender struktureller Reformen zur Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft. Nur so läßt sich das Vertrauen von mittelständischer Wirtschaft, von Arbeitnehmern und Verbrauchern in eine positive wirtschaftlichen Entwicklung wieder herstellen, neue Wachstums- und Beschäftigungsdynamik freisetzen und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands sichern.